

## **Antrag**

### **des Landesvorstandes an den Landesausschuss der CDU in Niedersachsen zur Zukunft der Organ- und Gewebespende in Deutschland**

Unser Menschenbild ist geprägt durch die Verantwortung für unsere Mitmenschen. Diese grundsätzliche Haltung, die auf christlichen Werten beruht, ist Maßstab für unser politisches Handeln und unsere Entscheidungen. Auch in sensiblen Fragen orientieren wir uns an diesem Grundsatz.

Das Transplantationsgesetz (TPG) und die damit verbundene Frage der Bereitschaft zur Organ- und Gewebespende eines jeden Einzelnen ist eine solch sensible Frage. Ausdrücklich unterstützen wir den von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn eingeschlagenen Weg, eine Reform des TPG voranzutreiben, denn eine Organ- und Gewebespende kann Leben retten und ist eine besondere Form der Verantwortung für unsere Mitmenschen.

Das jüngst beschlossene und voraussichtlich im April in Kraft tretende TPG sieht die Einrichtung von Transplantationsbeauftragten vor. Transplantationsbeauftragte erhalten Zugangsrecht zu den Intensivstationen und sind hinzuzuziehen, wenn Patienten nach ärztlicher Beurteilung als Organspender in Betracht kommen. Die Transplantationsbeauftragten werden freigestellt, bei vollständiger Refinanzierung des Aufwands für die Krankenhäuser. Zusätzlich werden die Entnahmekrankenhäuser künftig für den gesamten Prozessablauf einer Organspende besser vergütet. Diese Maßnahmen werden, neben der flächendeckenden Einrichtung neurologischer/neurochirurgischer konsiliarärztlicher Rufbereitschaftsdienst, bereits zu einer deutlichen Erhöhung der Zahl der Transplantationen führen.

Zugleich ist die Frage, ob man seine Organe als Spenderorgane zur Verfügung stellen möchte, eine höchst individuelle Entscheidung, die jeder frei und in Eigenverantwortung auf Basis seines individuellen Wertekanons treffen können muss. Es gilt, eine Entscheidung in Verantwortung für sich selbst und für seine Mitmenschen – auch seine Familie – zu treffen.

Wir sehen die besondere Verantwortung und Pflicht eines jeden Einzelnen, sich mit der Frage der Bereitschaft zur Organ- und Gewebespende und für den Fall der eigenen Entscheidungsunfähigkeit frühzeitig auseinanderzusetzen und möglichst aktiv eine Entscheidung zu treffen.

Dieser besonderen individuellen und gesellschaftlichen Verantwortung kommen in Deutschland aktuell nur wenige Menschen nach: 35 Prozent der Bundesbürger haben Ihre Entscheidung in einem Spenderausweis festgehalten. Hier zeigt sich, dass die von Jens Spahn vorangetriebene Diskussion richtig und wichtig ist, denn mehr als 10.000 Patienten stehen auf der Warteliste für eine Transplantation. Täglich sterben - statistisch betrachtet - drei Patienten, weil für sie kein passendes Organ verfügbar ist.

Deshalb unterstützt die CDU in Niedersachsen, vor dem Hintergrund unseres christlichen Menschenbildes und der individuellen Würde eines jeden Menschen, unseren Bundesgesundheitsminister bei seinem grundsätzlichen Vorstoß.

Wir müssen die besondere Verantwortung, die sich hinter dieser sensiblen Fragestellung verbirgt, in unserer Gesellschaft erheblich besser als bisher verdeutlichen und zugleich die individuelle Freiheit jedes Einzelnen respektieren.

Als Entscheidungshilfe müssen umfangreiche Informationen für alle Bürgerinnen und Bürger frei zur Verfügung gestellt werden, um eine bewusste und verantwortungsvolle Entscheidung zu ermöglichen. Wir fordern in diesem Zusammenhang eine verstärkte Bildungs- und Aufklärungsarbeit, beispielsweise in unseren Schulen und Hochschulen.

Jede Organspende kann Leben retten. Deshalb erfordert dieses sensible Thema eine breite, sachgerechte und ethisch-verantwortliche Debatte in unserem Land. Dieser Verantwortung sind wir uns als CDU in Niedersachsen bewusst.

**Beschlossen durch den Landesausschuss der CDU in Niedersachsen am 2. April 2019 in Hannover**